Luboš Velek

BÖHMISCHES STAATSRECHT AUF „WEICHEM PAPIER“:
TATSACHE, MYTHOS UND IHRE SYMBOLISCHE
BEDEUTUNG IN DER TSCHECHISCHEN
POLITISCHEN KULTUR*

Böhmisches Staatsrecht, staatsrechtliches Programm und rechtshistorisch-politische Argumentation – diese Begriffe sind praktisch Synonyme für die tschechische Politik des 19. Jahrhunderts.¹ Bereits im Vormärz hatte die böhmische ständische Opposition im Böhmischem Landtag mit dem böhmischen Staatsrecht operiert, bei dem es sich zu dieser Zeit um ein wenig konkretes Konzept handelte. Die opposi-

* Diese Studie entstand im Rahmen des Forschungsvorhabens MŠMT Nr. MSM 002162087 „České země uprostřed Evropy v minulosti a dnes“ [Die böhmischen Länder inmitten Europas in der Vergangenheit und heute], das an der Philosophische Fakultät der Karls-Universität Prag durchgeführt wird. Ich danke meinem Freund und Kollegen Mag. Johannes Kalwoda (Wien) für die sprachliche Korrektur des Aufsatzes.

¹ Die Geschichtsforschung widmete Jahre der staatsrechtlichen Ideologie Ende der 1950er, Anfang der 1960er erhöhte Aufmerksamkeit. Damals entstanden mehrere bis heute wertvolle Studien. In den letzten Jahrzehnten schwand das Interesse für dieses Schlüsselphänomen der tschechischen Politik. Eine Ausnahme bilden kleinere reflektierende Arbeiten und Studien. Eine komplexe synthetische Bearbeitung fehlt leider. – *Plaschka*, Richard: Das böhmische Staatsrecht in tschechischer Sicht. In: Zeitschrift für Ostforschung (ZfO) 8 (1959) 1-14. – *Rabl*, Kurt: „Historisches Staatsrecht“ und Selbstbestimmungsrecht bei der Staatsgründung der Tschechoslowakei 1918/19. In: ZfO 8 (1959) 388-408. – *Slapnicka*, Helmut: Die Stellungnahme des Deutschtums der Sudetenländer zum „Historischen Staatsrecht“. In: ZfO 8 (1959) 15-41. – *Birke*, Ernst/*Oberdorffer*, Kurt (Hgg.): Das böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Marburg 1960. – *Urfus*, Valentin: Český státoprávní program na rozhraní let 1860-1861 a jeho ideové složky [Das böhmische staatsrechtliche Programm in den Jahren 1860-1861 und seine ideologischen Bestandteile]. In: Právněhistorické studie (PHS) 8 (1962) 127-172. – *Ders.*: Český státoprávní program a české dělnické hnutí v období vzniku první dělnické strany v Čechách [Das böhmische staatsrechtliche Programm und die tschechische Arbeiterbewegung zur Zeit der Entstehung der ersten Arbeiterpartei in Böhmen]. In: PHS 9 (1963) 97-112. – *Ders.*: Stát v představách české národní společnosti smetanovského období [Der Staat in Vorstellungen der tschechischen Nationalgesellschaft zur Smetana-Zeit]. In: *Freimanová*, Milena (Hg.): Povědomí tradice v novodobé české kultuře (Doba Bedřicha Smetany) [Das Traditionsbewusstsein in der modernen tschechischen Kultur (Die Zeit von Bedřich Smetana)]. Praha 1988, 22-27. – *Urban*, Otto: Funkce historismu v programu českého měšťanstva v polovině 19. století [Die Funktion des Historismus im Programm des tschechischen Bürgertums Mitte des 19. Jahrhunderts]. In: *Vlček*, Tomáš (Hg.): Historické vědomí v českém umění 19. století [Historisches Bewusstsein in der tschechischen Kunst des 19. Jahrhunderts]. Praha 1981, 76-82 (Uměnovědné studie 3). – *Hlavačka*, Milan: Das böhmische Staatsrecht in der historischen Retrospektive der letzten Jahrhunderte. In: *Études Danubiennes* (ED) 10 (1994) 1, 77-94. – *Rosar*, Sascha: Theorie und Auswirkungen des böhmischen Staatsrechtes in der österreichischen Rechts- und Verfassungsgeschichte 1848 bis 1918. Unveröff. Diss. Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien 2000.

tionelle Aktivität der böhmischen Aristokratie fußte damals sowohl auf dem traditionellen Landespatritismus und dem Misstrauen gegen die zentralistische Staatsform des Kaiserreichs als auch auf der Abneigung gegen Kanzler Metternich.² Doch nicht allein die ständische Opposition hing der staatsrechtlichen Überzeugung an, auch die tschechische bürgerliche Elite, die zu dieser Zeit enge Beziehungen zum Adel pflegte, argumentierte mit dem Staatsrecht. So lieferte der führende Repräsentant dieses neuen Bürgertums, der Landeshistoriograf František Palacký, mit seinem historischen Werk den aristokratischen Verteidigern der historischen Rechte des (ehemaligen) Königreichs Böhmen gewissermaßen die wissenschaftlich-rechtshistorische „Munition“.³

Freilich, erst die Revolutionsbewegung von 1848 ermöglichte die Entwicklung dieser staatsrechtlichen Ideologie und die aus ihr abgeleiteten politischen Forderungen. In der zweiten Märzhälfte jenes Jahres wurde das erste politische Programm des tschechischen Bürgertums ausgearbeitet und der Regierung und dem Kaiser als erste Petition der Prager Bürgerschaft übergeben. Neben liberalen und nationalen Programmpunkten fand sich hier die Forderung, das Staatsrecht in allen historischen Kronländern – d. h. Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien – wieder in Kraft zu setzen. Dieses – in der Perspektive der Zeit – geradezu großwahnstimmige Ziel stieß in Wien wie bei den Deutschböhmen, die von einem vereinigten Deutschland träumten, auf Widerstand. Aber auch die Tschechen in Mähren, die sich lieber von Wien als von Prag regieren lassen wollten,⁴ zeigten sich ablehnend.

Verunsichert von der zunehmenden Stärke der revolutionären Bewegung reagierte die Wiener Regierung auf die zweite Prager Petition mit viel größerem Entgegenkommen als auf die erste. Mit dem Kabinettschreiben vom 8. April 1848 – auch Böhmisches Charta genannt – öffnete sie den Weg für eine Realisierung des böhmischen staatsrechtlichen Programms, allerdings nur für das Königreich Böhmen, nicht für die Gesamtheit der böhmischen Kronländer.

Die tschechischen staatsrechtlichen Forderungen dieser Zeit muss man jedoch auch im Licht der damals sehr populären austroslawischen Vision von Mitteleuropa sehen, der zufolge der selbstständige böhmische Staat Bestandteil eines föderalisierten Habsburgerreiches sein sollte. Dass dieser Lösungsvorschlag für die österreichische Frage den tschechischen Politikern durchaus ernst war, beweist auch die Nachgiebigkeit Palackýs 1848/49 in der Frage der Umwandlung des Reiches in ein föderalistisches Staatsgebilde nach ethnischen, nicht historischen Einheiten. Allerdings war nach der Niederschlagung des Prager Pfingstaufstandes die Verwirk-

² Okáč, Antonín: Český sněm a vláda před březnem 1848. Kapitoly o jejich ústavních sporech [Böhmischer Landtag und die Regierung im Vormärz. Kapitel über ihre Verfassungsdispute]. Praha 1947.

³ Zu Palackýs Forschung und seinen Beziehungen zum Adel im Vormärz siehe Kořalka, Jiří: František Palacký (1798-1876). Životopis [František Palacký (1798-1876). Biografie]. Praha 1998.

⁴ Kazbunda, Karel: České hnutí roku 1848 [Die tschechische Bewegung im Jahre 1848]. Praha 1929, 132. – Trapl, Miloslav: České národní hnutí na Moravě v době předbřežnové a v revolučních letech 1848-1849 [Die tschechische Nationalbewegung in Mähren im Vormärz und in den Revolutionsjahren 1848-1849]. Brno 1977, 104.

lichung des Staatsrechts in weite Ferne gerückt. Der ungarische Weg zur Selbstständigkeit wurde für die Tschechen durch seine Rücksichtslosigkeit zum Trauma, zur Nachahmung fehlte ihnen das politische und nationale Potential. Zugleich bewiesen die Tschechen dadurch, dass sie an der Idee eines transformierten Österreich festhielten, dass sie die mitteleuropäische Realität besser verstanden als die Ungarn und fähig waren, vor auszudenken. Allerdings war ihr Wunsch, das Habsburgerreich zu erhalten, stets von einem pragmatischen, egoistischen Realitätssinn motiviert; um ein funktionierendes supranationales Staatsgebilde aufzubauen, war das zu wenig.

Als Anfang der 1860er Jahre der Konstitutionalismus wiederhergestellt wurde, entstand erneut Raum für politische Forderungen. Nun fehlte den Tschechen jedoch der Pragmatismus, mit dem sie der österreichischen Frage Ende der 1840er begegnet waren. Grund dafür war nicht nur die Enttäuschung über die vorangegangene politische Niederlage, sondern auch die Frustration über den oktroyierten Konstitutionalismus, dem Ministerpräsident Schmerling einen zentralistischen und deutsch-österreichischen Charakter verliehen hatte. Dieser ließ sich mit den tschechischen Vorstellungen eines gemeinsamen, föderalistisch organisierten Staates ebenso wenig vereinbaren wie die Entwicklung in Richtung des österreichisch-ungarischen Dualismus.⁵ Aber auch die tschechische politische Repräsentation hatte sich grundlegend verändert: Die bürgerliche Elite, die 1848 – getragen von der Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten und legitimiert durch (nahezu) allgemeine Wahlen – tschechische politische Interessen vertreten hatte, war nach 1861 empfindlich geschwächt. Nach einem ungerechten Verteilungsschlüssel musste sie sich die politische Macht nun mit den Deutschböhmen und mit der Aristokratie teilen, die zu einem entscheidenden Faktor im Reichsrat und im Böhmischem Landtag wurde. Diese auferlegte Schwäche führte die tschechischen Bürgerlichen in eine langfristige politische Allianz mit dem konservativen Adel bzw. dessen staatsrechtlicher Fraktion und damit mit Vertretern von Ideen, die ihrem Liberalismus völlig fremd waren. Aus dieser politischen Verbindung erwuchs ein neu formuliertes staatsrechtliches Ideal, das die böhmischen Aristokraten in den 1860er und 1870er Jahren kompromisslos durchsetzten. Dabei ging die pragmatische Flexibilität, die die tschechische Politik einst ausgezeichnet hatte, verloren. Im Bündnis zwischen bürgerlicher und aristokratischer Politik und in der gemeinsamen Opposition und parlamentarischen Abstinenz gediehen rigide Haltungen, wie sie sich besonders bei Palacký und Rieger beobachten ließen. Vermittelt über das ungarische Beispiel ließ sich das Staatsrecht erneut zum Programm erheben und so gelang es der tschechischen bürgerlichen Elite – mit dem Einverständnis der aristokratischen „Matadore“ – noch einmal, breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren.⁶

Es bestand Hoffnung, dass der tschechische staatsrechtliche Radikalismus von Erfolg gekrönt sein würde. Diese Hoffnungen fußten zum einen auf der kompli-

⁵ Palacký, František: *Österreichs Staatsidee*. Prag 1866.

⁶ Purš, Jaroslav: *Tábory v českých zemích 1868-1871* [Die Tábory-Bewegung in den böhmischen Ländern 1868-1871]. In: *Československý časopis historický (ČsČH)* 7 (1958) 235-266, 446-470 und 661-690. – Urban, Otto: *Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918*, Wien, Köln, Weimar 1994, 339.

zierten außenpolitischen Lage, die sich zwischen Königgrätz und Sedan entwickelte, zum anderen darauf, dass Kaiser Franz Joseph I. wieder zwischen den Liberalen und den Konservativen schwankte. Sein Manövrieren zwischen dem von ihm geduldeten „Bürgerministerium“ Auersperg⁷ und dem konservativ-klerikalen Lager (Potocki, Hohenwart) erweckte den Anschein, die Zeit der Verfassungsexperimente sei mit der Bestätigung der Dezemberverfassung von 1867 noch nicht zu Ende. Die Bereitschaft des Kaisers, die „böhmische Frage“ anzuschneiden, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Besonders das kaiserliche Reskript vom 12. September 1871, in dem der Böhmisches Landtag vom Souverän aufgefordert wurde, die böhmischen staatsrechtlichen Verhältnisse zu ordnen, sowie das kaiserliche Kabinettschreiben von 1848 – die so genannte Böhmisches Charta – wurden in den Kanon böhmischer staatsrechtlicher Forderungen aufgenommen und galten fortan als „Beweise“ ihrer permanenten Gültigkeit. Dies war umso mehr der Fall, als das September-Reskript 1871 eine weitreichende Erklärung des Kaisers beinhaltete:

Eingedenk der staatsrechtlichen Stellung der Krone Böhmens und des Glanzes und der Macht bewusst, welche dieselbe Uns und Unseren Vorfahren verliehen hat, eingedenk ferner der unerschütterlichen Treue, mit welcher die Bevölkerung Böhmens jederzeit Unseren Thron stützte, erkennen Wir gerne die Rechte dieses Königreiches an und sind bereit, diese Anerkennung mit Unserem Krönungsseide zu erneuern.⁸

Dem böhmischen Ausgleich, der im Einverständnis mit der Regierung Hohenwart vorab in der Form so genannter Fundamentalartikel vorbereitet worden war, stimmte der Böhmisches Landtag am 10. Oktober 1871 zu; nun wartete man nur noch auf die bereits vereinbarte Genehmigung aus Wien. Diese blieb jedoch aus, denn der Kaiser ging auf die Bedenken Reichskanzler Friedrich Ferdinand Graf von Beusts sowie Außenminister Gyula Andrássys ein und bestand darauf, die Fundamentalartikel in Einklang mit der Verfassung zu bringen. Dazu sollten die tschechischen (Bürgerliche) und böhmisch-konservativen (Adelige) Abgeordneten in den Reichsrat einziehen, wo der Ausgleich verhandelt werden sollte. Diese nachträglich veränderten Bedingungen aber lehnten die böhmischen Politiker mit Heinrich Jaroslav Clam-Martinić an ihrer Spitze entschieden ab. Sie beharrten auf ihrer Auffassung des böhmischen Staatsrechts – und das sogar in einer Situation, in der durch den Einzug der böhmischen Abgeordneten in den Reichsrat eine föderalistisch orientierte Mehrheit hätte entstehen können. Diese hätte die Verfassung im Sinn der teilweise modifizierten Fundamentalartikel ändern können. Der staatsrechtliche Ausgleich mit Böhmen wurde also für immer vereitelt.⁹

⁷ Vgl. dazu Höbelt, Lothar: Das Bürgerministerium. In: ED 14 (1998) 2, 1-11.

⁸ Zitiert nach Bohemia vom 15. September 1871 (Morgenausgabe) 3256.

⁹ Zur Entstehung der Ausgleichsversuche vgl. Zeithammer, Anton O.: Zur Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche (1865-1871). 2 Bde. Prag 1912-1913. – Kazbunda, Karel: Pokusy rakouské vlády o české vyrovnání [Versuche der österreichischen Regierung um den böhmischen Ausgleich]. In: ČČH 27 (1921) 94-131, 353-412. – Ders.: Otázka české korunovace r. 1861 [Die Frage der böhmischen Krönung im Jahr 1861]. In: ČČH 33 (1927) 60-116. – Ders.: Ke zmaru českého vyrovnání [Über das Scheitern des böhmischen Ausgleichs]. In: ČČH 37 (1931) 512-573. – Kletečka, Thomas: Der Ausgleichsversuch des Ministeriums Hohenwart – Schaffle mit Böhmen im Jahre 1871. Mit besonderer Berücksichtigung des reichsdeutschen Einflusses. Unveröff. Diss. Wien 1984.

Die tschechische Begeisterung über den Ausgang dieser Angelegenheit war zweifellos unpassend. Denn von Anfang an hatte es nicht den geringsten Zweifel daran gegeben, dass sich der böhmisch-österreichische Ausgleich nicht nach dem Vorbild des österreichisch-ungarischen entwickeln würde und der Reichsrat und alle geltenden und in den 1860er Jahren verabschiedeten Verfassungsgesetze bei dem Ausgleich eine maßgebende Rolle spielen würden. Die tschechische bürgerlich-aristokratische Politik hatte dies bewusst ignoriert, die tschechische Öffentlichkeit hatte diese Tatsache noch weniger mitgedacht. Umso größer fielen „die peinliche Enttäuschung und der Zorn“ aus, die ihren Niederschlag in effektvollen Auftritten und großspurigen Erklärungen fanden. So ließ sich Fürst Karl III. von Schwarzenberg am 8. November 1871, also am Jahrestag der Schlacht am Weißen Berg, im Böhmischem Landtag zu den berühmten Worten hinreißen: „Wir wollen und werden es [d. h. das Recht des Königreiches Böhmen] schützen, was auch immer geschehen möge, und sei es mit unserem Gut und Blut!“¹⁰

Tausende Prager bereiteten dem in Wien gescheiterten Rieger auf dem Prager Bahnhof einen enthusiastischen Empfang. Studenten ersetzten die Pferde seiner Kutsche und zogen, ins Geschirr gespannt, den Wagen in einem Triumphzug durch Prag.¹¹ Das tschechische historische Bewusstsein zeigte wieder einmal seine masochistische Seite, die darin besteht, festlich der Niederlagen zu gedenken statt die Siege zu feiern.¹²

Über Nacht wich diese Euphorie dem Schock über das erneute vollständige Scheitern der tschechischen politischen Bemühungen. Diesen abrupten Stimmungswechsel erfasste Otto Urban sehr genau, als er schrieb:

Die Begeisterung für den österreichisch-böhmischen Ausgleich wurde rasch von einem allgemeinen Gefühl der Ausweglosigkeit verdrängt. Bei allen Beteiligten machten sich Skepsis, ja Hoffnungslosigkeit breit, Mißtrauen und verzweifelter Trotz. Diese Gefühlsmischung schuf den Nährboden dafür, dass Kleinmut und persönliche Empfindlichkeiten wieder das Feld

¹⁰ Stenographische Berichte des böhmischen Landtages, II. Jahres-Session vom Jahre 1870, X. Sitzung am 8. November 1871, Prag 1871, 7. Schwarzenberg sprach tschechisch: „Seč nám síly stačí, necht' se stane cokoliv, až do těch hrdel a statků“. Deutsche Übersetzung nach Bohemia vom 9. November 1871 (Morgenausgabe) 3958. Die „Bohemia“ hatte dazu noch ergänzt: „Die letzten Worte spricht der Redner mit hochehrerger Stimme, wobei er mit der Faust auf den Tisch schlägt, dass es durch den Saal dröhnt.“

¹¹ Sak, Robert: Rieger: Příběh Čecha devatenáctého věku [Rieger: Geschichte eines Tschechen des 19. Jahrhunderts]. Semily 1993, 202.

¹² Es ist bemerkenswert, dass die moderne tschechische Gesellschaft (d. h. im 19. und 20. Jahrhundert) im kollektiven Gedächtnis meistens ihre historischen Niederlagen und Misserfolge betonte. Die Niederlage auf dem Marchfeld 1278, die „brudermörderische“ Schlacht bei Lipany 1434, die Niederlage bei Mohács 1526, die Schlacht am Weißen Berg 1620. Eine gewisse Parallele ist unter den europäischen Nationen nur bei den Serben mit dem Kult der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 zu finden. Auf eine ähnliche Weise verehrten und verehren die Tschechen nicht ihre Sieger-Helden, sondern ihre Märtyrer-Helden (Heiliger Wenzel, Johannes Hus, heiliger Johannes von Nepomuk, Oberst Švec, Jan Palach u. a.). Mit dieser Problematik beschäftigten sich z. B.: Cornej, Petr: Lipanské ozvěny [Das Echo von Lipany]. Praha 1995. – Pynsent, Robert B.: Pátrání po identitě [Die Suche nach der Identität]. Praha 1996. – Auf einer allgemeinen und komplexen Ebene Rak, Jiří: Bývali Čechové ... České historické mýty a stereotypy [Es waren die Tschechen gewesen ... Tschechische historische Mythen und Stereotype]. Praha 1994.

beherrschten. Die öffentliche Meinung wurde erneut von gegenseitigen Vorwürfen zwischen den politischen Akteuren geprägt. Ihr Verhalten und das erschütterte Vertrauen in den Kaiser, der in den Augen der tschechischen Öffentlichkeit sein Wort gebrochen hatte, führten dazu, daß die Bevölkerung Böhmens das politische Geschehen erneut aus großer Distanz zu verfolgen begann. Die enttäuschten Hoffnungen relativierten alle Vorstellungen über die eigenen Möglichkeiten und die eigene Würde, aber auch über das Maß an Gerechtigkeit, das der Monarch und seine Beamten zu gewähren bereit waren, sowie über die Akzeptanz der gegenwärtigen Verhältnisse.¹³

Diese Atmosphäre bereitete nicht nur den Nährboden für Wut und gegenseitige Schuldzuweisungen und sorgte somit für eine weitere Entfremdung zwischen Tschechen und Österreichern, sondern ließ bald jene Mythen und Legenden entstehen, aus denen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert das berühmte „zweite Leben“ des Ausgleichsversuchs von 1871 hervorgehen sollten. Die tschechischen Abgeordneten waren die Helden des Tages. Schwarzenbergs emotionale Worte von „Gut und Blut“, die für die böhmische Selbstständigkeit geopfert werden sollten, erweckten die vorübergehende Illusion, dass das tschechische Volk wieder einen Adel haben werde, der nicht nur böhmisch, sondern auch tschechisch sein würde.¹⁴ Immer wieder verabschiedete der Böhmisches Landtag Krönungsadressen an den Kaiser, und forderte diesen dazu auf, die höchste böhmische Würde anzunehmen, obwohl die Vorstellung, der grauhaarige Monarch könnte auf die Wenzelskrone schwören, im Laufe der Zeit zunehmend grotesk wirkte. Doch das hinderte Journalisten und Künstler nicht daran, dieses Bild am Leben zu erhalten. Statthalter Franz Graf Thun-Hohenstein wurde 1889 als „Krönungsstatthalter“ empfangen, der 12. September avancierte im tschechischen politischen Kalender zu einem Feiertag, an dem Gedenkveranstaltungen stattfanden, die besonders zu Beginn der 1890er Jahre mitunter in antidynastischen Demonstrationen und Provokationen gipfelten.¹⁵

Eine zentrale Rolle in der tschechischen kollektiven Erinnerung an den gescheiterten Ausgleich gewann der Text des Reskriptes vom 12. September 1871. Kaum ein anderer Ausspruch wurde von der Presse und auf politischen Versammlungen so oft zitiert wie die Worte des Herrschers über die Anerkennung der Rechte des Königreichs Böhmen und über seine Bereitschaft, die Wenzelskrone anzunehmen. Das

¹³ Urban: Die tschechische Gesellschaft 376 (vgl. Anm. 6).

¹⁴ Zur spezifischen Bedeutung der beiden Adjektive im Deutschen und im Tschechischen vgl. Kořálka, Jiří: Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815-1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern. Wien, München 1991, 51-63. In der Praxis, selbst bei den Behörden, verwendete man über einen langen Zeitraum die Adjektive „tschechisch“ und „böhmisch“ im Sinne der tschechischen nationalen Identifikation. Diese Äquivalenz der Adjektive verletzte die Deutschböhmen, die sich dagegen zu verteidigen suchten. Vgl. z. B. den vielsagenden Titel einer Broschüre der Organisation Deutscher Volksrat für Böhmen: „Tschechisch oder Böhmisch?“ Ein Exemplar befindet sich im Nationalarchiv in Prag (NA), PM 1911-1920, Sign. 8/1/79, K. 5018, Z. 23.396/1917.

¹⁵ Die Demonstrationen in den Jahren 1891-1893 hingen mit der Bewegung der tschechischen „fortschrittlichen Jugend“ zusammen und mündeten schließlich in den sogenannten „Omladina-Prozess“. Pernes, Jiří: Spiklenci proti Jeho Veličenstvu. Historie tzv. spiknutí Omladiny v Čechách [Die Verschwörer gegen Seine Majestät. Geschichte der sog. Omladina-Verschwörung]. Praha 1988.

September-Reskript wurde kurz nach seiner Ablehnung in einer luxuriösen Ausführung herausgegeben und hing kostbar gerahmt in vielen tschechischen Haushalten und öffentlichen Räumen:

Es war auf dickem Karton großen Formats gedruckt [...], die Schrift war rot und blau [...], und irre ich mich nicht, dann waren da auch goldene Initialen [...], den Schnitzern mangelte es am Lindenholz, um genug Rahmen anfertigen zu können [...] die Glaser hatten nicht genug Scheiben, um alle diese Rahmen zu verglasen. Wie auf ein Kommando erschien die verdorbene, aufgehobene, stornierte „königliche Botschaft“ in allen Kneipen, Cafés, Vereinsräumen, Geschäften und auch in privaten Haushalten – und vielleicht kann man Orte finden, wo sie noch bis heute hängt.¹⁶

Als Akt des Protestes gegen die Ablehnung der Fundamentalartikel wurde der Text des September-Reskriptes Anfang November 1871 in Böhmen, aber auch in Mähren demonstrativ unter die Leute gebracht. Die Tendenz, die „Gültigkeit“ der kaiserlichen Versprechungen zu ironisieren, war dabei offensichtlich. Die folgenden Demonstrationen erreichten rasch ein solches Ausmaß, dass sich die Wiener Regierung bereits Mitte November damit beschäftigen musste. Aus ihrem Protokoll geht hervor, dass in der ersten Novemberrhälfte in Böhmen und Mähren mehrere Fotografien des Reskriptes im Visitenkartenformat im Umlauf waren. Auf diesen Karten waren beide Reskripte – das vom September und das vom Oktober – einander in ironisierender Absicht gegenüber gestellt: „Die Methode bestehe in der Vervielfältigung des Allerhöchsten Reskriptes vom 12. September [mit] Entgegenstellung jenes vom [30.] Oktober 1871 in Visitenkarteform.“¹⁷

Zur gleichen Zeit kam die für Wien alarmierende Nachricht, dass die Druckerei von Jan Stanislav Skrejšovský mehrere tausend Exemplare des Reskriptes vom 12. September in der Form eines zur Rahmung bestimmten Plakats „an [a]lle czechischen Gemeindevorsteher in Böhmen und Mähren“ versende.¹⁸ Ähnliches sei auch von der Druckerei des Jungtschechen Eduard Grégr zu hören.

Nach der Abdankung Karl Sigmund von Hohenwarts am 30. Oktober 1871 wurde Finanzminister Ludwig von Holzgethan mit der vorläufigen Führung der Regierung betraut. Holzgethan forderte ein entschlossenes Vorgehen gegen Demonstrationen. Die übrigen Minister indessen mahnten zur Zurückhaltung, sie fürchteten die negativen Folgen eines solchen Vorgehens und setzten darauf, dass die ganze Angelegenheit langsam in Vergessenheit geraten werde.¹⁹ Vor allem August von Wehli, der das Innenministerium leitete, widersprach Holzgethan, wobei er von anderen Ministern

¹⁶ Herrmann, Ignát: Před padesáti lety. Drobné vzpomínky z minulosti [Vor fünfzig Jahren. Kleine Erinnerungen an die Vergangenheit]. Bd. 1. Praha 1926, 18 f. – Ähnlich auch: Malý, Jakub: Naše znovuzrození. Příklad národního života českého za poslední půlstoletí [Unsere Wiedergeburt. Übersicht des tschechischen Nationallebens in der letzten Jahrhunderthälfte]. Bd. 6. Praha 1884, 117.

¹⁷ Allgemeines Verwaltungsarchiv in Wien (AVA), Ministerratsprotokolle, K. 4, Z. 3878/1871 – 123 Regierungssitzung vom 15. November 1871. Das Protokoll wurde im Jahre 1927 durch den Brand des Verwaltungsarchivs beschädigt, die fehlenden Stellen sind jedoch in diesem Fall ziemlich leicht zu rekonstruieren.

¹⁸ *Ebenda*.

¹⁹ *Ebenda*: „Der Nachteil des Einschreitens wäre jedenfalls viel größer, als jener des Falllassens.“

– insbesondere Landesverteidigungsminister Heinrich von Scholl, Justizminister Georg von Mitis und dem polnischen Landsmannminister (ohne Geschäftsbereich) Kazimierz Grocholski – unterstützt wurde.

Zwischen den Zeilen dieses ex post geglätteten Ministerratsprotokolls kann man den heftigen Streit herauslesen, zu dem es in dieser Debatte gekommen sein musste. Holzgethan argumentierte, man solle nicht nur die Formulierung des Gesetzes überdenken, die ein Einschreiten kaum zuließ, sondern auch alle politischen Umstände in Betracht ziehen: „Hier liege offenbar eine demonstrative Tendenz in bö[s]williger, regierungsfeindlicher [R]ichtung vor. Der Zweck sei [M]ißstimmung zu verbreiten.“²⁰

Für uns vielleicht überraschend ist, dass Holzgethan die gesetzlichen Mittel für ein eventuelles Einschreiten gegen die Verbreitung des Reskriptes nicht in den Hochverrats- oder Majestätsbeleidigungsparagraphen suchte, sondern im Absatz 23 des Pressegesetzes vom Dezember 1862. Dieser Paragraph verbot unter Androhung einer Geldstrafe von 5 bis 200 Gulden sowohl das „Hausieren“ mit Druckschriften, was gegen die geplante Distribution des Reskriptes durch die Selbstverwaltungsorgane gerichtet werden konnte, als auch das Aushängen und die Distribution von Druckschriften außerhalb der dazu bestimmten Stellen ohne Bewilligung der Behörden.²¹ Innenminister Wehli bezeichnete dieses Verfahren jedoch als politisch „höchst unpassend“ und hinsichtlich der Verbreitung der Fotografien des Reskriptes durch Fotografen oder Buchhändler auch als nicht durchführbar. Justizminister Mitis äußerte Bedenken, dass sich dieser Paragraph auf Texte anwenden ließe, die im Gesetzbuch und in der amtlichen „Wiener Zeitung“ publiziert wurden und deren Verbreitung grundsätzlich erwünscht sei – wenn auch nicht in diesem konkreten Fall.

Doch nicht nur die rechtliche Begründung auch die Art des obrigkeitlichen Einschreitens war Ursache für die Heftigkeit dieser Minister-Debatte. Die Regierung wollte keine politische Verantwortung für eventuelle Repressionen tragen. Diese sollte Holzgethans Vorstellungen zufolge auf den Statthalter bzw. – nach der Abdankung Statthalter Choteks – auf seinen einstweiligen Stellvertreter abgeschoben werden.

Er glaube allerdings, daß vom Ministerium nicht gerade direkt einzugreifen, noch weniger der Statthalterei eine bestimmte Weisung zu geben wäre. Wohl aber könnte die Statthalterei gefragt werden, ob und was in dieser Angelegenheit von der politischen Behörde verfügt worden ist. Damit könnte immerhin eine Hindeutung auf den § 23 verbunden werden, ohne daß ausdrücklich ausgesprochen wird, ob dieser § hier Anwendung finde. Der Statthalterei würde hierdurch Anlass gegeben [...].²²

²⁰ *Ebenda.*

²¹ „Das Hausieren mit Druckschriften, das Ausrufen, Verteilen und Feilbieten derselben außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Lokalitäten [...] ist verboten“; „[...] ist das Aushängen oder Anschlagen von Druckschriften in den Strassen oder an anderen öffentlichen Orten ohne besondere Bewilligung der Sicherheitsbehörde untersagt“. Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Österreich, Jg. 1863, Nr. 6, Pressegesetz vom 17. Dezember 1862, Wien 1863, 145-163, hier 152 f. – Von dieser Vorschrift wurden nur wenige Ausnahmen gemacht, etwa bei Theaterplakaten.

²² AVA, Ministerratsprotokolle, K. 4, Z. 3878/1871 – 123 Regierungssitzung vom 5. November 1871.

Die von Holzgethan vorgeschlagene salomonische Lösung des delikaten Problems, die uns eher an die britische Sitcom „Yes Prime Minister“ erinnert als an die Entscheidung eines selbstbewussten autoritativen Staates, stieß bereits im Ministerrat, besonders aber bei dem polnischen Minister Grocholski, auf Widerstand:

[Er wür]de in einer solchen Andeu[tun]g schon eine mittelbare Wei[su]ng zum Einschreiten erblicken. Er könne sich nicht denken, dass ein Statthalter, und überdies ein Leiter, der umso mehr angewiesen ist, alle Wünsche und Winke der Zentralregierung zu erfüllen, auf diese Andeutung hin nicht einschritte. Warum solle das Ministerium mittelbar Etwas tun, was es unmittelbar nicht tun kann und will?²³

Auf dem Gipfel der Auseinandersetzungen konnte Holzgethan nur Ausreden vorbringen, die seine Schwäche verbergen sollten.²⁴ Das Resultat der Debatte war schließlich recht ungewöhnlich, denn der Ministerpräsident musste klein beigeben, „dass weder in Absicht auf die Photographien, noch in Absicht auf die Vervielfältigung durch den Druck Etwas zu verfügen ist.“²⁵

Eine Woche darauf wurde die schwache Regierung Holzgethan aufgelöst. Der Kaiser ernannte den Repräsentanten des böhmischen verfassungstreuen Großgrundbesitzes, Adolf Carl Daniel Fürst von Auersperg, zum neuen Ministerpräsidenten, der eine Regierung aus deutschösterreichischen Liberalen bildete. Anders als Holzgethans Provisorium war die Regierung Auersperg entschlossen, die zunehmenden tschechischen Provokationen mit der „kaiserlichen Botschaft“ nicht zu dulden. Nach einer Sondierung der Lage und der Ernennung des brutalen Generals Alexander Koller zum böhmischen Statthalter wurden ab Anfang April 1872 verdächtige Personen rücksichtslos verfolgt.²⁶

Von der Zurückhaltung, in der sich die Regierung bisher geübt hatte, war nichts geblieben: Die Wirte Naxera, Doubrava und Polan in Horažďovice (Horaschdowitz) waren unter den Ersten, die ein Strafgeld in der Höhe von fünf Gulden zahlen mussten, weil sie die Drucke des Reskriptes vom 12. September in ihren Gaststätten aufgehängt hatten.²⁷ Am 5. April 1872 erlebte Prag eine polizeiliche Großaktion: Einen Tag zuvor hatten die Behörden die Zeitungsstände geschlossen, worauf hinter den Fensterscheiben der Kioske Reproduktionen des September-Reskriptes (schwarzes Papier mit roter und silberner Schrift) angebracht wurden, was die Aufmerksamkeit des Publikums erweckte; immerhin kamen mehrere Hundert

²³ *Ebenda.*

²⁴ „[...] in der von Ihm [Holzgethan] angeregten Erledigung [d]och keine Pression liege; es sei [e]in Recht und eine Pflicht des Statthalters, seine Überzeugung [a]uszusprechen, ob das Gesetz [a]uf den vorliegenden Fall [A]nwendung finde“. *Ebenda.*

²⁵ Vgl. die Interpretation in: *Kazbunda: Ke zmaru 566* (vgl. Anm. 9).

²⁶ Noch Anfang Februar 1872 griff die Polizei nicht in den von Skrejšovský und dem Arbeiteragitator Bavorovský im Prager Konvikt veranstalteten Ball ein, obwohl in dem rot-weiß ausgeschmückten Saal der Druck des September-Reskriptes mit den böhmischen Krönungsinsignien und dem Wappen der böhmischen Kronländer dominierte („sämtlich im Großformat und Goldrahmen“). Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien (HHSStA), Ministerium des Äußeren – Informationsbüro, K. 30, Z. 39 sub 209/1872, der Bericht des Prager Polizeidirektoriums vom 7. Februar 1872.

²⁷ *Národní listy* vom 12. April 1872 (Morgenausgabe).

Personen zusammen. Daher stürmte die Polizei am folgenden Tag die Kioske mit Hilfe von Schlossern, welche die Türen mehr oder minder mit brachialer Gewalt öffneten. Die Beamten rissen und kratzten die angeklebten Plakate ab.

Die Plakate in den Fenstern der Kioske wurden von der Polizei so hastig abgerissen, dass die schwarzen Papierreste an den Scheiben wie Folgen eines Brandes aussahen. Das Publikum [...] deutete dieses Abrufen der Kioske unterschiedlich. Einige behaupteten, dass in den Fenstern bestimmt hochverräterische Druckschriften hingen.²⁸

Dem überstürzten polizeilichen Eingreifen mangelte es nicht an Alltagskomik. Beim Zeitungsstand in der Straße Am Graben „wollte ein Gendarm um jeden Preis eindringen, er rüttelte so kräftig und lange an der Klinke, dass sie von ihm abgerissen wurde und er rücklings auf den Boden fiel.“²⁹

Tschechen wären allerdings nicht Tschechen, wenn sie in dieser bitteren Zeit nicht auch gespottet hätten. Wiederum gab Jan Stanislav Skrejšovský, der alttschechische Pressemagnat, der das Reskript in der luxuriösen Ausführung publiziert hatte, den Ton an. Und weil „seine Einfälle sehr giftig waren“,³⁰ ließ er gleich im November 1871 das kaiserliche Reskript neben der feierlichen Ausgabe auch in einer anderen Ausführung drucken:

[...] in einem viel kleineren, sog. Taschenformat, und zwar auf feinem, dünnem Papier bräunlicher Farbe, auf solchem Papier, das nur die Aristokraten und einige steinreiche Bürger in der intimsten Privatsphäre benutzten. Papier von solchem Kulturzweck wurde in Lagen von mehreren hundert Blättern mit der Bezeichnung „W.C. Paper“ verkauft. Es wurde mit dem Nagel durchgeschlagen und wurde auch auf die Wände gehängt, allerdings nur in solchen stillen Boudoirs, die auch der Kaiser zu Fuß besuchte.³¹

Dieser gelungene Scherz fand seinen gewissermaßen krönenden Abschluss in Wien: Eine Toilettenausgabe des Reskriptes landete nämlich direkt in den Händen des Kaisers – der sich aber über „diese besondere Aufmerksamkeit sehr freute.“³²

Das kaiserliche Reskript vom 12. September 1871 auf „weichem Papier“ wurde für die Zeitgenossen zum Begriff. Dank Otto Urbans „Geschichte der tschechischen Gesellschaft“ ist die aus der Memoirenliteratur bekannte Angelegenheit auch in die neuere Historiografie eingegangen. Merkwürdig ist bloß, dass keiner der Zeitzeugen – Journalisten wie Malý, Holeček und Herrmann etwa, die sich an Skrejšovskýs Scherze erinnern – diese Toilettenausgabe je gesehen hat: Sie hielten lediglich fest, was sie darüber gehört hatten. Lange Zeit sah auch kein Historiker diese unwürdige, majestätsbeleidigende Ausgabe, so dass allgemein angenommen wurde, dass es sich um einen Mythos handelte, der entstanden war in der Atmosphäre der Enttäuschung und in dem zeitgenössischen Bemühen, den alttschechischen Pressemagnaten Skrejšovský als unbändig und unkontrollierbar darzustellen und zu dämonisieren.

²⁸ Národní listy vom 6. April 1872 (Morgenausgabe).

²⁹ *Ebenda*.

³⁰ *Herrmann: Před padesáti lety 20* (vgl. Anm. 16)

³¹ *Ebenda*. – Holeček führt ähnlich an, dass Skrejšovský das Reskript „auf weiches Papier der Nussfarbe“ drucken ließ. *Holeček, Josef: Pero. Román – paměti* [Feder. Roman – Memoiren]. Bd. 4. Praha 1925, 7.

³² *Herrmann: Před padesáti lety 21* (vgl. Anm. 16). – *Holeček: Pero 7* (vgl. Anm. 31).

Der geniale Unternehmer Skrejšovský beherrschte in den 1860er und 1870er Jahren praktisch uneingeschränkt die tschechische Presselandschaft: Seine Blätter dominierten die öffentliche Meinung und lenkten die Wege der tschechischen Politik. Als Nebenbuhler Riegers in der alttschechischen Partei genoss er unbegreiflicherweise sogar die Gunst von Riegers Schwiegervater František Palacký. Nach dessen Tod durfte er, als einziger außerhalb des engen Familienkreises, einen Kranz direkt auf den Sarg des „Vaters der Nation“ legen. Bereits zu Lebzeiten rankten sich um den rücksichtslosen, unberechenbaren Skrejšovský, über den eine Biografie bis heute fehlt,³³ unzählige Gerüchte: Er galt als Erpresser und Verräter, der sich Wählerstimmen mit preußischen Talern verschaffte; auch sagte man ihm nach, dass er Außenminister Friedrich F. von Beust den tschechischen „Ausgleich“ mit einer Million Gulden aus seinem Vermögen abkaufen wollte. Nachdem er sein Vermögen für die Wahlen von 1872 eingesetzt hatte,³⁴ ging er schließlich pleite und war gezwungen, seine Zeitungen und Zeitschriften der alttschechischen Pressegenossenschaft zu überlassen. 1878 wurde er auch aus dieser vertrieben – die genauen Umstände sind unklar – und musste Prag in Richtung Wien verlassen, gefolgt von dem Ruf, er sei ein Mörder.³⁵ Nun führte Rieger die alttschechische Partei und die tschechische Politik. Skrejšovský lief ihm allerdings noch einmal über den Weg – und zwar 1879, als die Tschechen in den Reichsrat einzogen und feststellen mussten, dass der verhasste Skrejšovský zu den Beratern des neu ernannten Ministerpräsidenten Eduard Graf Taaffe gehörte.³⁶

Kommen wir aber zurück zur „Taschenausgabe“ des kaiserlichen Reskriptes: Als ich 1998 den Nachlass des Marschalls des Böhmisches Landtages Georg Ch. von Lobkowitz durchging, fand ich in einer Aktenmappe mit anonymen Briefen einige Exemplare des Toilettenpapiers „der Nussfarbe“ – wie sie Holeček beschrieben hatte.³⁷ Natürlich jubelte ich, denn es handelte sich um eine der „kleinen großen

³³ Zur Verfügung stehen lediglich zwei Diplomarbeiten, die sich im Historischen Kabinett der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität in Prag (FF UK) befinden: *Kašparová, Božena*: Jan Stanislav Skrejšovský a list „Politik“ v letech 1862-1867 [Jan Stanislav Skrejšovský und das Blatt „Politik“ in den Jahren 1862-1867]. Unveröff. Diplomarbeit FF UK, o. J., Sign. 109/539. – *Müller, Michal*: Jan Stanislav Skrejšovský a česká politika 60. a 70. let 19. století [Jan Stanislav Skrejšovský und die tschechische Politik der sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts]. Unveröff. Diplomarbeit FF UK, Praha 1985, Sign. 109/1934.

³⁴ *Purš, Jaroslav*: Volby do českého sněmu v dubnu 1872 [Die Wahlen in den böhmischen Landtag im April 1872]. Praha 1987.

³⁵ Was Skrejšovskýs Lebensende betrifft, vgl. *Urban*: Die tschechische Gesellschaft 459-462 (vgl. Anm. 6).

³⁶ „Die alten [d.h. Alttschechen, L. V.] kriegten fast Gelbsucht, als sie ihn [während der Thronrede in der Nähe von Taaffe] erblickt hatten.“ NA, Rodinný archiv Adámek [Familienarchiv Adámek] – Karel Adámek, K. 22, Adámek an seine Gattin am 8. September 1879.

³⁷ Státní oblastní archiv, Litoměřice [Staatliches Regionalarchiv, Leitmeritz], Zweigstelle Žitnice [Schüttenitz], Rodinný archiv Lobkovicz [Familienarchiv Lobkovicz] – Georg Ch. von Lobkowitz, K. 35. – *Holeček*: Pero 7 (vgl. Anm. 31). – Eines der Exemplare von Lobkowitz wurde 2004 bei der Ausstellung „Habsburské století 1791-1914“ [Das Jahrhundert der Habsburger 1791-1914] in Prag ausgestellt. Vgl. *Rak, Jiří/Vlanas, Vít*: Habsburkové a česká společnost v 19. století [Die Habsburger und die tschechische Gesellschaft im

Entdeckungen“, die Historiker ab und zu machen. Auf einem der Stücke, auf dem mit Bleistift „1875“ geschrieben war, fand sich eine anonyme Botschaft an den Marschall: „Trockne damit deine Tränen, fürstlicher Katzenkopf.“ Diese Mitteilung war in Kurrentschrift von einer ungeübten Hand verfasst und bezog sich offensichtlich auf die Rolle, die Lobkowitz bei der Verhandlung über die Fundamentalartikel im September und Oktober 1871 gespielt hatte. Bei der genaueren Untersuchung des Reskript-Textes, der auf Deutsch, allerdings in lateinischer Schrift wiedergegeben war, stellte ich fest, dass der Autor dieses Witzes wirklich Skřejšovský war, der sich nicht geniert hatte, selbst als Herausgeber zu zeichnen. Eine noch größere Überraschung war, dass es sich nicht um den Text des Reskriptes vom 12. September 1871 handelte, das außer vom Kaiser auch von Ministerpräsident Hohenwarth signiert worden war, sondern um das Reskript vom 30. Oktober 1871, das die bisherigen Vereinbarungen mit der tschechischen politischen Repräsentation praktisch annullierte und das außer dem Monarchen auch der Stellvertreter Hohenwarths, nämlich Holzgethan, unterzeichnet hatte.

Ein fast identisches, allerdings rosafarbenes, Exemplar befindet sich in den Sammlungen der Österreichischen Nationalbibliothek. Hier steht auf der Rückseite (in lateinischen Buchstaben) handgeschrieben: „Einer jener Zettel, der von den Czechen aus Hohn gegen – zu heimlichen Zwecken benützt und an Faden gereiht wurden – Schandfleck.“³⁸ Im Prager Polizeiarchiv finden sich gleich mehrere Exemplare der „Taschenausgabe“ des kaiserlichen Reskriptes vom 30. Oktober 1871. Alle sind auf rosa Papier gedruckt, als Herausgeber ist Skřejšovský angegeben, der Text ist allerdings auf Tschechisch. Einige der Exemplare aus dem Polizeiarchiv weisen sogar Spuren ihres strikt privaten Gebrauchs auf. Das bestätigen übrigens auch die Polizei-protokolle, die wiederholt angeben, dass das Reskript „auf ‚weichem‘ roten Papier mit Menschenkot besudelt“ war.³⁹ Keines der Exemplare des die Majestät missachtenden Reskriptes, das mir zurzeit bekannt ist, trägt also den Text der so positiv aufgenommenen „kaiserlichen Botschaft“ vom September 1871, sondern ausnahmslos wird der Text des gehassten Reskriptes vom Oktober desselben Jahres abgedruckt. Es liegt also auf der Hand, dass das September-Reskript, mit dem die Gültigkeit des böhmischen Staatsrechtes anerkannt wurde, nie auf Toilettenpapier gestanden hatte und die tschechische Öffentlichkeit und Generationen von Historikern der Legende aufgesessen waren, die drei tschechische Journalisten in ihren Memoiren unbeabsichtigt ins Leben gerufen hatten, ohne die Ausgabe auf „weichen Papier“ mit eigenen Augen gesehen zu haben.⁴⁰ Diese Überzeugung wird übrigens von der Logik der

19. Jahrhundert]. In: *Dies.* (Hg.): *Habsburské století 1791-1914. Česká společnost ve vztahu k dynastii a monarchii* [Das Jahrhundert der Habsburger 1791-1914. Die Tschechische Gesellschaft in Bezug auf die Dynastie und Monarchie]. Praha 2004, 16.

³⁸ Österreichische Nationalbibliothek in Wien, Flugblättersammlung, Sign. 1871/3a. Hervorhebung im Original. – Für den Hinweis auf dieses Exemplar danke ich Dr. Peter Urbanitsch von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

³⁹ Die Unterlagen der polizeilichen Ermittlung befinden sich in: NA, Policejní ředitelství v Praze – tajné [Präsidium des Polizeidirektoriums in Prag – Geheimakten], K. 14. Der Faszikel ist überschrieben mit „Rescripte auf rothen Seidenpapier besudelte“ aus den Jahren 1871-1873.

⁴⁰ Selbst die Polizeibeamten hatten Probleme mit der zeitlichen Zuordnung des Reskriptes.

ganzen Angelegenheit unterstützt: Welcher böhmischer Staatsrechtler hätte sich solch einen groben Scherz mit dem allerheiligsten Dokument erlaubt? Zu so etwas wäre nicht einmal ein Spaßvogel wie Skrejšovský fähig gewesen.

Die Beleidigung der kaiserlichen Majestät durch die „Taschenausgabe“ war aber nicht nur ein geschmackloser Witz. Er verweist auch auf Aspekte der tschechischen politischen Kultur, die sich bis in die Gegenwart verfolgen lassen.

Der erste Aspekt betrifft die Ziele, die Skrejšovský als tschechischer Politiker mit der Herausgabe des Reskriptes verfolgte. Die Zeitgenossen sind sich in diesem Punkt nicht einig. Der altschechische Journalist Jakub Malý, der seine Erinnerungen aus geringer zeitlicher Distanz bereits Anfang der 1880er Jahre verfasste, führt an, dass

[...] mit diesem Reskript verschiedene Demonstrationen getrieben wurden [...] es wurde nachts auf den öffentlichen Stellen ausgehängt oder in den Straßen verstreuet, und die Polizei und Gendarmerie hatten sowohl mit dem Herunterreißen und Sammeln, als auch mit der Fahndung nach den Tätern viel zu tun. Das hatte manche Ermittlungen zur Folge, und Schuldige sowie Unschuldige wurden vor Gericht gestellt.⁴¹

Ganz anders erinnerte sich der jungtschechische Journalist und populäre Schriftsteller Ignát Herrmann Anfang der 1920er Jahre an dieses Ereignis aus seiner Jugend: Skrejšovský

[...] verschickte es nur auf eine private Weise, ohne jede öffentliche Werbung, und war sich sicher, dass es auch so seine wohlverdiente Verbreitung findet und seine Aufgabe gut erfüllt. Alle Anhänger der bibliophilen Literatur haben damals – in den Jahren 1871 und 1872 – nach dieser Ausgabe gestrebt, noch heftiger, als nach der großen, eingerahmten, [luxuriösen Ausgabe, L. V.] doch es gab nicht viele solche, die es bekamen.⁴²

Offensichtlich hatten beide Zeitgenossen Recht. Der Witz mit dem Reskript auf Toilettenpapier war ursprünglich wohl nur für die unmittelbaren Mitarbeiter und Freunde Skrejšovskýs gedacht gewesen. Da sich die Aktion jedoch als großer Erfolg erwies, der Beifall der breiteren Öffentlichkeit unerwartet groß und die Nachfrage nach der „Toilettenausgabe“ beträchtlich war, witterte Skrejšovský politisches Kapital. In der Folge wurde das Reskript-Toilettenpapier in großer Auflage hergestellt und weit verbreitet. Dass dahinter ein wohlkalkulierter Plan stand, bestätigen auch die Polizeiarchive. Korrespondenz und Notizen des Prager Polizeidirektors Wilhelm Marx zeigen, wie intensiv sich die Polizei mit diesem Problem bis Mitte Januar 1872 befasste: Die Quellen berichten, dass am Morgen des 14. Januar 1872 in den Prager Straßen insgesamt 119 Flugblätter mit dem Text des Reskriptes vom 30. Oktober 1871 gefunden wurden. Den entsprechenden Akten sind jedoch keine Exemplare dieser Flugblätter beigelegt, weswegen offen bleibt, ob es sich bei ihnen

Im Protokoll schrieben sie automatisch, dass es sich um das September-Reskript handle; erst später korrigierten sie Protokoll dahingehend, dass es um das Oktober-Reskript gehe.

⁴¹ Malý: *Naše znovuzrození* 117 (vgl. Anm. 16). Auf dieser Aussage von Jakub Malý basierten wahrscheinlich – mit einigen Ergänzungen – die Vorlesungen von Otto Urban, in denen Skrejšovský beinahe so geschildert wurde, als ob er durch die Prager Straßen gefahren wäre und die Ausgaben des Toiletten-Reskriptes unter den Passanten verteilt hätte.

⁴² Herrmann: *Před padesáti lety* 20 (vgl. Anm. 16).

wirklich um die „Toilettenausgabe“ handelte. Auf jeden Fall ist als Herausgeber Skrejšovský angegeben.⁴³

Eine Woche darauf erhielt die Prager Polizei die Nachricht, Skrejšovský bereite den Druck des Reskriptes vom 12. September 1871 (sic!) vor, und zwar „in einer anderen Auflage“, wobei die Rückseite des Flugblattes „einen anstößigen Aufsatz“ enthalte. Die Polizei konstatierte, dass sie das Pflichtexemplar dieses Flugblattes nicht erhalten habe und „man aus Furcht, hierbei ertappt zu werden, damit vorläufig dieser Richtung angeregte gespannte Wachsamkeit der k.k. Sicherheitswache gelegt haben dürfte [sic!].“⁴⁴

Noch Ende Februar 1872 ermittelte die Polizei fieberhaft, da nahm Skrejšovskýs „Witz“, der darauf zielte, den tatsächlichen „Wert“ des kaiserlichen Wortes vorzuführen, eine vielleicht auch für ihn selbst unerwartete Form an: Diese Toilettenreskripte dienten ihrem natürlichen Zweck und wurden nach ihrer Verwendung auf dem Postweg an verschiedene Vorgesetzte der Staatsbehörden in Böhmen versandt. Polizeidirektor Wilhelm Marx bekam sein Exemplar am 22. Februar 1872; gleich zwei besudelte Stücke erhielt zur selben Zeit – von einem anonymen Absender – der verhasste Prager Staatsanwalt Johann Rapp.⁴⁵ Eine ähnliche Sendung mit einem ganzen „Paquet“ Toilettenpapier und zusätzlich zwei besudelten Exemplaren bekam sogar Kaiser Franz Joseph. Die kaiserliche Kabinetts-Kanzlei wandte sich über die Wiener an die Prager Polizei „mit dienstfreundlichem Ersuchen“ um Hilfe bei der Fahndung „nach dem Urheber dieses Bubenstückes“.⁴⁶ Auch in diesem Fall blieb die Ermittlung aufgrund der verstellten Handschrift erfolglos, was den Polizeidirektor zu dem Schluss verleitete, dass der Autor dieses „Bubenstückes“ eine Person sei, „die sich hütet“.⁴⁷ Wir können also der Behauptung von Herrmann Glauben schenken, man erzähle sich „unter den Eingeweihten heimlich, Skrejšovský oder einem seiner Vertrauensleuten sei es gelungen, ein Paket dieser Ausgabe bis ins kaiserliche Kabinett in Wien zu bringen.“⁴⁸ Es ist gewiss interessant, dass in der polizeilichen Korrespondenz von Februar und März 1872, die die Versendung der besudelten Reskripte betraf, Skrejšovský nicht als Absender erwähnt wurde, obwohl er auf allen Exemplaren als Herausgeber dieses provozierenden Druckes vermerkt war.

Einen Monat später erhielten auch der Oberpolizeikommissar in Prag, Adolf Pressl, der Bezirkshauptmann in Kolin, von Bechler, zwei Statthaltereiräte, Eugen T. Adda und Johann Friedel, und wiederholt auch der Redakteur des Amtsblattes der „Prager Zeitung“, Dr. Bruna, Exemplare dieser besudelten Reskripte. Bruna wurde

⁴³ NA, Policejní ředitelství v Praze, Sign. 2/4/4, K. 1108, Z. 313/1872, ein Konzept an den Innenminister vom 15. Januar 1872.

⁴⁴ *Ebenda*, Z. 542/1872, ein Konzept der Polizeidirektor an die Statthaltereie vom 21. Januar 1872.

⁴⁵ NA, Policejní ředitelství v Praze – tajné, K. 14, Z. 6/1872 vom 22. Februar 1872. Nach fünf-tägiger Untersuchung wurde das Material „einstweilen ad acta“ gelegt, weil es sich als unmöglich erwies, die Handschrift des Absenders, der die Adresse auf den Briefumschlag geschrieben hatte, zu identifizieren.

⁴⁶ *Ebenda*, Z. 11/1872, Wiener Polizeidirektor an den Prager Polizeidirektor vom 3. März 1872.

⁴⁷ *Ebenda*, Zuschrift des Prager Polizeidirektors vom 13. März 1872.

⁴⁸ *Herrmann*: Před padesáti lety 20 (vgl. Anm. 16).

ein Stück unbesudelt zugestellt, allerdings mit der Bemerkung „Zloděj“ (Dieb).⁴⁹ Nach einer Pause von einem Monat – und mehr als ein Vierteljahr nachdem das erste Toilettenreskript wohl gedruckt worden war – gingen solche ekelhaften Sendungen auch bei weniger wichtigen Vertretern der Staatsverwaltung ein. Dadurch bekam diese Provokation eine ganz neue Dimension, nun schaltete sich auch die Presse ein.⁵⁰

Polizeidirektor Marx, der bisher versucht hatte, den Fall sogar vor dem Innenminister geheim zu halten, „weil er zu delikater Natur ist und den Gegenstand streng vertraulicher Nachforschungen bildet“,⁵¹ musste sich nun dazu äußern. Dabei versuchte er, den Minister davon zu überzeugen (anhand der Analyse der Handschrift der Adressen), dass alles die Arbeit einer einzigen Person sei, wobei er Skrejšovský als mutmaßlichen Autor dieser Schändung des Reskriptes nannte, gegen den Beweise allerdings fehlten.

Vertrauensorgane, welche mit den Manieren des Joh. S. Skrejšovský und dessen Umgebung genau bekannt sind, behaupten mit Bestimmtheit – wenn sie auch Beweise nicht liefern können –, dass dieses Bubenstück von Skrejšovský selbst komme, d. h. dass er die Reskripte selbst besudle und sie dann Briefcouverts anvertraue, deren Adressen von einem oder dem anderen der in seinem Solde stehenden Gassenjungen geschrieben sein mögen.⁵²

Diese Schlussfolgerung war jedoch unstatthaft, wahrscheinlich glaubte der Polizeidirektor seiner eigenen Argumentation selbst nicht. Viel nahe liegender erscheint mir die Hypothese, dass Skrejšovský das Reskript auf Toilettenpapier als beißende Kuriosität und politische Provokation herausgegeben hatte, wohl ohne die Absicht, diese Version tatsächlich in Umlauf zu bringen. Erst in den darauf folgenden Monaten, als sich die „Toilettenausgabe“ in der Öffentlichkeit verbreitete, begann ihre Versendung an den Kaiser und die unbeliebten Beamten und Lokalpolitiker, die man aber kaum für das Scheitern des Ausgleichs verantwortlich machen konnte. Man darf natürlich darüber mutmaßen, ob hinter dieser Aktion eine Einzelperson stand, mehrere voneinander unabhängige Personen, oder ob es sich um das Werk einer organisierten Gruppe handelte. Fest steht, dass die ganze Angelegenheit längst die Grenzen von Skrejšovskýs Initiative überschritten hatte und zum Ausdruck der öffentlichen Meinung und zur „Buberei“ sui generis wurde. Davon waren schließlich auch die Behörden überzeugt. Der Polizeidirektor korrigierte seinen ursprünglichen Verdacht, Skrejšovský sei der alleinige Absender der Briefe gewesen, als sich im Lauf der eifrigen Ermittlungen herausstellte, dass zumindest ein Teil der Sendungen von dem weitgehend unbekanntem Redakteur der Zeitschrift „Obrazy života“ (Bilder des Lebens), František Peřina, auf den Weg gegeben worden war. Peřina hatte nämlich in der Gaststätte „U Slovanské lípy“ (Zur slawischen Linde) vor dem Redakteur

⁴⁹ NA, Policejní ředitelství v Praze – tajné, K. 14, Z. 11/1872, Eintrag vom 7. April 1872.

⁵⁰ Das Prager Tagesblatt „Bohemia“ schrieb unter dem Titel „Von der famosen Skrejšovský'schen Rescriptausgabe“: „sind dieser Tage Exemplare, in unnennbarer Weise besudelt, verschiedenen Personen [...] zugekommen“. In: Bohemia vom 8. April 1872 (Abendausgabe) 1379.

⁵¹ NA, Policejní ředitelství v Praze – tajné, K. 14, Z. 11/1872, Konzept des Prager Polizeidirektors an den Innenminister vom 10. April 1872.

⁵² *Ebenda*.

der jungtschechischen Tageszeitung „Národní listy“ (Nationale Blätter), Bedřich Pacák, mit der Sendung eines besudelten Reskriptes an Kommissar Pressl geprahlt.⁵³ Pacák, der im Jahre 1868 wegen Hochverrat zu schwerem Kerker verurteilt worden war, gelangte kurz nach seiner Amnestie wieder in den Fokus der Prager Polizei. Mit etwas Übertreibung kann man sagen, dass es sich um die besten Voraussetzungen für eine große Karriere handelte, denn am Ende seines Lebens wurde Pacák noch k. k. Minister (1906 bis 1907). Nicht grundlos gilt: junge Revolutionäre – alte Hofräte.

Der zweite Aspekt der Reskript-Affäre betrifft die politische Symbolik. Sie bestand vor allem in einer relativ neuen Erscheinung: Das Wort des Herrschers hatte keinesfalls den Wert und die Verbindlichkeit, die ihm durch die Tradition zugeschrieben wurden. Seit seiner Thronbesteigung wurde die Glaubwürdigkeit Franz Josefs immer wieder und in verschiedenen Formen relativiert – z. B. durch die Auflösung des konstitutionellen Parlaments, den Widerruf der versprochenen Verfassung oder das wiederholte Versprechen der Krönung mit der Wenzelskrone 1861. Diese Erfahrung mündete in eine seltsame, aber vielsagende Reaktion eines führenden politischen Repräsentanten – Skrejšovskýs – und in der Folge auch eines Teils der Öffentlichkeit, die mit dem von Skrejšovský geschaffenen Zeichen unübersehbar demonstrierte, was sie von den Versprechungen des Monarchen hielt. Kaum etwas Anderes konnte die tschechische Vorstellung von der Niedertracht der Habsburger Dynastie so bestärken und das negative Bild Franz Josefs weiter verzerren, das seit den 1850er Jahren allmählich entstanden und bis den 1880er Jahren weit verbreitet war, wie diese Treulosigkeit. Erst nach 1879 wurde dieses Negativbild von der fast schon wieder positiven Darstellung des „alten, gutmütigen Monarchen“ ersetzt.⁵⁴ Die Schwächung des Vertrauens in den Souverän und in seine Versprechen führte zu einer Minderung der Glaubwürdigkeit der Monarchie selbst. Auch das muss man zu den Ursachen des republikanischen Umsturzes von 1918 zählen.

Und schließlich gibt es hier noch einen dritten Aspekt, der ein zentrales Element der politischen Kultur betrifft. Kann man einen sprechenderen Beweis für ein verächtliches Denken über Politik – wie es für die tschechische Gesellschaft, aber nicht allein für diese charakteristisch ist – finden, als die besudelte Variante des kaiserlichen Reskriptes?

⁵³ *Ebenda*, Z. 16/1872, Konzept des Prager Polizeidirektors an den Innenminister vom 21. April 1872.

⁵⁴ Zum breiteren Kontext dieser Problematik vgl. *Urbanitsch*, Peter: Pluralist Myth and Nationalist Realities: The Dynastic Myth of the Habsburg Monarchy – a Futile Exercise in the Creation of Identity? In: *Austrian History Yearbook* 35 (2004) 101-141. – Zur Bedeutung der Krönung von Franz Joseph im tschechischen politischen und historischen Bewusstsein und in der politischen Kultur siehe die beiden Studien: *Agnew*, Hugh LeCaine: Ambiguities of Ritual: Dynastic Loyalty, Territorial Patriotism and Nationalism in the Last Three Royal Coronations in Bohemia 1791-1836. In: *Bohemia* 41 (2000) 3-22 und vor allem *ders.*: Uneasy Lies the Crown that no Head Wears? (Francis Joseph and the Crown of St. Wenceslas). In: *Svatoš*, Michal/*Velek*, Luboš/*Velková*, Alice unter der Mitarbeit von William D. Godsey jr. und Ralph Melville (Hgg.): *Magister noster. Sborník statí věnovaných in memoriam Prof. PhDr. Jana Havránka, CSc./Festschrift in memoriam Prof. PhDr. Jan Havránek, CSc./Studies dedicated to Prof. PhDr. Jan Havránek, CSc.*, in memoriam. Praha 2005, 317-326.